

PORTRÄT

Neoliberalismus als Heimatkunde

Der Liberalismus ist den Deutschen nicht fremd. Er hat eine Tradition, allen Brandmarkungen und Verleumdungen zum Trotz / Von Oliver Marc Hartwich

Als Nicolas Sarkozy kürzlich gefragt wurde, ob er die französische Version der wirtschaftsliberalen Margaret Thatcher sei, erhielt der Interviewer eine kleine Nachhilfestunde in ökonomischer Ideengeschichte. Nein, ein Nachfolger Thatchers sei er nicht, sagte der französische Präsident, aber Thatcher stehe doch selbst in der Tradition großer französischer Denker wie Jean-Baptiste Say. Auch wenn er also gelegentlich mit der Eisernen Lady in Verbindung gebracht werde, so bleibe er doch ganz und gar Franzose, signalisierte Sarkozy.

„Lassalle erfand das „Manchestertertum“. Von dieser Brandmarkung hat sich der deutsche Liberalismus bis heute nicht erholt“

ierte Sarkozy. Nicht britische Ideen inspirierten die französische Politik, sondern französische Denker die britische. Die Würde der Grande Nation war damit gerettet.

Wäre der Reporter etwas schlagfertiger gewesen, hätte er den Präsidenten allerdings daran erinnern können, dass der Ökonom Jean-Baptiste Say vor allem als Popularisierer der Ideen Adam Smith' in Erscheinung getreten war – und der war bekanntlich Schotte. Aber auch dies hätte Monsieur Sarkozy nicht aus der Ruhe bringen müssen, schließlich war doch Adam Smith selbst von der Physiokratie um François Quesnay, den Leibarzt der Madame Pompadour, maßgeblich beeinflusst worden. Und somit stehe es dann immer noch 2:1 für Frankreich.

An der Episode um den französischen Präsidenten kann man eines klar erkennen: Es dürfte kaum möglich sein, den Liberalismus oder auch nur dem sogenannten Wirtschaftsliberalismus eine eindeutige Heimat zu geben. Umso erstaunlicher, dass dies immer wieder versucht wird, nicht nur in Frankreich.

Auch in Deutschland werden die Ursprünge der Ideen des Freihandels und freier Märkte oft in

Großbritannien oder Amerika vermutet. Vom „angelsächsischen Kapitalismus“ ist dann die Rede oder – abwertend und in der Regel wenig differenziert – vom „Turbo-Kapitalismus“ oder schlicht „Neoliberalismus“. Als die Mitgliederzeitschrift der IG Metall etwa mit der Heuschreckendebatte auf ihrer Titelseite aufmachte, wurde das Insekt mit einem Hut aus Stars and Stripes abgebildet. Zur Irritation der SPD-Linken genügte einst schon die Tatsache, dass ihr damaliger Bundeskanzler Gerhard Schröder mit dem Briten-Premier Tony Blair ein gemeinsames Papier herausgab. Damit verbunden ist die – allerdings kaum je offen ausgesprochene – Vermutung, dass alles Liberale letztlich eine anglo-amerikanische und mit deutschen Verhältnissen kaum zu vereinbarende Erscheinung sei.

Diese Sichtweise ist in der Tat nicht neu, aber dadurch wird sie nicht richtiger. So wie es auch in der französischen Geschichte an liberalen Denkern nicht mangelt (Sarkozy könnte noch Anne Robert Jacques Turgot, Michel Chevalier oder Alexis de Tocqueville nennen), so gab es auch in Deutschland zahlreiche liberale Gelehrte und Politiker, deren Wirken durchaus dem Vergleich mit den Größen etwa des englischen Liberalismus standhält.

Der Liberalismus hat in Deutschland Tradition, auch wenn er heute kaum im kollektiven Bewusstsein präsent ist. Das mag allerdings auch etwas über die Prädispositionen der akademischen Intellektuellen aussagen, die sich lieber zum hundertsten Mal mit den Verästelungen des sozialdemokratischen Revisionismus des 19. Jahrhunderts befassen, statt sich liberalem Gedankengut zuzuwenden. Doch gerade dort gäbe es eine Menge zu lernen.

In der Entwicklung und Verbreitung liberalen Gedankenguts spielten deutsche Denker keineswegs eine Nebenrolle. Wilhelm von Humboldt etwa legte in seinen „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Äußerlichkeit des Staates zu bestimmen“ von 1792 den Entwurf eines liberalen Staatswesens vor, das sich vor allem darauf beschränken sollte, die innere und äußere Sicherheit zu wahren. Freiheitseinschränkungen, die anderen Zwecken dienen sollten, lehnte er ab. Mit



Für Kurt Beck ist der große Liberale Wilhelm von Humboldt wohl auch ein „Neoliberaler ohne Erdung“

dieser Meinung würde man Humboldt heute wohl in Anlehnung an Kurt Beck als „Neoliberalen ohne Erdung“ bezeichnen können, denn für einen Umverteilungsstaat war in Humboldts Vorstellung kein Platz.

Die deutsche Freihandelsbewegung wurde von dem Deutschen John Prince-Smith angeführt, der sich Mitte des 19. Jahrhunderts mit zahlreichen Schriften, in Vereinen und schließlich auch als Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstags für die wirtschaftliche Freiheit einsetzte. Im Reichstag wurde später der Abgeordnete Eugen Richter zu einem entschiedenen Gegner von Bismarcks Schutzzollpolitik. Gleichzeitig engagierte sich Richter publizistisch und kämpfte gegen Staatseingriffe in Wirtschaft und Gesell-

schaft, aber auch gegen den erstarkenden Antisemitismus. Prince-Smith und Richter waren entschiedene Internationalisten und Liberale; heute würde man sie Globalisierungsbefürworter nennen.

Die Vorstellung, dass Liberalismus etwas ist, das den Deutschen fremd ist, ist wohl dem Sozialisten Ferdinand Lassalle zu verdanken. Er prägte für die Bestrebungen der Liberalen den Kampfbegriff des „Manchestertertums“ und versuchte sie damit gleich mehrfach zu brandmarken: als Anhänger einer im Prinzip ausländischen Lehre, die deutschen Interessen schadete.

Von dieser Falschetikettierung hat sich der deutsche Liberalismus bis heute nicht befreien können. Denkt man an liberale Wirtschaftskonzepte, fallen einem

britische und amerikanische Ökonomen von Adam Smith über David Ricardo bis Milton Friedman und Gary Becker ein. Bei liberalen Politikern denkt man zunächst an Ronald Reagan und Margaret Thatcher. Dabei ist das Streben nach wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Freiheit nicht an ein bestimmtes Land gekoppelt, sondern eine Idee, die sich zu unterschiedlichen Zeiten und an verschiedenen Orten immer wieder neu entwickelt hat.

Eine Rückbesinnung auf liberale Werte könnte folglich mit der Spurensuche vor der eigenen Haustür beginnen. Nicht nur für Nicolas Sarkozy, sondern auch für Angela Merkel und Kurt Beck gäbe es dort viel zu entdecken.

Der Autor lebt als Publizist und Wirtschaftsberater in London

LESERBRIEFE

Keine Angst vor der Linkspartei

Zu: „Lafontaines Drohungen“; WELT vom 22. Juni

Warum solch Geschrei um die Linkspartei? Vorab: Der Fluss Saar scheint zum deutschen Schicksalsstrom zu werden. Schon einmal schickte sie uns einen Erich (Honecker) – und jetzt einen Oskar. Wer (oder was) mag noch kommen? Das Bedenkliche: Die Saar mündet neuerdings in die Spree. Wenn man langlebig ist, braucht man vor der Linkspartei keine Angst zu haben. Sollte sie einmal an die Regierung kommen und ihre vielen populistischen Versprechen in die Realität umsetzen müssen, werden ihre „Spitzen“ prompt die Brocken hinschmeißen. Wir kennen das; es ist schon mehrmals so passiert, als es schwierig wurde. Allerdings dürfte die Linke nicht allzu lange regieren. Das Beispiel DDR warnt: 40 Jahre Sozialismus waren mindestens 39 Jahre zu viel. Aber das deutsche Volk hat schon viel verkraftet. Vielleicht auch das noch. Es wird auch einsehen, dass seine Wahlentscheidung, die zur großen Koalition führte, ein Verhängnis war. Die großen „Volksparteien“ verlieren ihr Profil – die „Ränder“ (besonders der linke) werden stark. Ein Gutes vielleicht: Die Linke wird die „etablierten“ Parteien mobilisieren. Hoffentlich.

Clemens Kugelmeier, 51643 Gummersbach

Die türkische Justiz ist nicht europatauglich

Zu: „Eltern bitten um Freilassung von Marco W.“; WELT vom 25. Juni

Da keiner weiß, was unser junger Landsmann mit diesem englischen Mädchen genau angestellt hat, fällt es natürlich schwer, hier über Recht und Unrecht zu urteilen. Eins scheint allerdings sonnenklar: Die türkische Justiz mit ihren mittelalterlichen Gefängnissen ist keineswegs europatauglich. Wer dies immer noch behauptet, ist nicht nur blind, sondern auch indirekt ein Befürworter eines Landes, das noch einen weiten Weg zu gehen hat, bis es europäischen Mindeststandards genügen dürfte! Im Übrigen gilt: Wer sicher im Urlaub sein will, sollte tunlichst Anatolien meiden und frühreife Engländerinnen nur von ferne betrachten.

Kurt Wachsmuth, per E-Mail

Ich möchte Ihnen gratulieren, dass sie im Gegensatz zu großen Teilen der Presse in Deutschland wenigstens neutral über die Tatsachen dieses Falles berichtet haben. Vielleicht wäre allerdings eine Bemerkung angebracht, dass es kein Kleindelikt ist, wenn sich ein Junge, der schon fast volljährig ist, an einem Kind sexuell vergeht. Bekanntlich ist Zustimmung von Kindern leicht zu haben, aber eben doch keine Entschuldigung.

Thomas Seligman, per E-Mail

Anmañung der regierenden Politiker

Zu: „Die Politik hat einen Doofen gesucht“; WELT vom 25. Juni

Mit Ihrem Interviewpartner Dirk Rossmann haben Sie einen hervorragenden Zeugen für die Anmañung der herrschenden Politikerkaste gewählt. Die Reform der Unternehmensteuern zeigt die faulende Moral der Koalitionäre. Wie verdreht muss man sein, auf Kosten – das sind Mieten – Steuern zu schlagen? Selbst wenn die Absicht wäre, Machenschaften der Unternehmen bei Umwandlung von Eigentums- in Mietlokale vorzubeugen, sticht dies nicht. Oder sind etwa Verkaufserlöse

nach Grundstücksverkäufen steuerfrei? Die Steuergenie Steinbrück (SPD) und Koch (CDU) sollten wissen, dass man bei den Steuern wie bei der Schafschur aufhören muss, sobald die Haut erreicht ist.

Alfred Pfeiffer, 55743 Idar-Oberstein

Aussöhnung mit Polen um Jahre zurückgeworfen

Zu: „Bis zur Erschöpfung“; WELT vom 25. Juni

Die Aussöhnung mit Polen dürfte nun um Jahre zurückgeworfen sein. Man kann daran aber auch ermesen, welche Erfolgsgeschichte die deutsch-französische Aussöhnung war, obwohl auch hierbei eine schwierige Vergangenheit zu bewältigen war. Denken wir beispielsweise nur an die annähernd 400 000 toten Franzosen bei den Schlachten um Verdun 1916. Trotzdem begann die Aussöhnung 30 Jahre danach.

Polen dagegen rührt immer wieder Begebenheiten aus der Nazizeit auf, und das 62 Jahre nach 1945. Uns Lebende kann das Verhalten der polnischen Regierung mächtig ärgern, zumal wir nichts für diesen unseligen Krieg können. Wenn die polnische Seite bei der Methode bleibt, immer wieder rückwärts statt vorwärts zu blicken, dann werden wir mit Polen nie ein so gutes Verhältnis bekommen wie mit unserem großen Nachbarn im Westen.

Manfred Lampe, 38162 Destedt

Berührender Artikel über Hans Eberhard Friedrich

Zu: „HEF zum 100.“; WELT vom 25. Juni

Der Artikel hat mich sehr berührt. Ich - bis vor kurzem selbst Journalist beim Bundestag - kannte HEF gut, und zwar, weil er auf Eiderstedt ein Antiquariat führte. Als wir etwas näher bekannt wurden, führte er mich in den ersten Stock und zeigte mir seine Erstausgaben von Charles Dickens, Thackeray, Goethe natürlich und viele anderen. Es war unglaublich was er hatte und mit welcher Liebe er daran hing. Wir plauderten stundenlang, es war eine unvergessene Tour durch die Literatur. Ich werde dieses Erlebnis und ihn nicht vergessen. Schön, dass Herr Cramer an ihn erinnert hat.

Dirk Klose, per E-Mail

Erster Feind der Islamisten

Zu: „Muslimer weltweit empört über Rushdie-Ehrung“; WELT vom 23. Juni

Ich habe erkannt, dass ich zu lange gewartet habe. Sofort nach der Lektüre des ausgezeichneten Artikels habe ich mir das Buch von Rushdie gekauft. Ein kleines, verspätetes Zeichen, aber ich konnte nicht mehr länger warten und zusehen, wie die wichtigsten Grundlagen unseres Zusammenlebens durch ideologische Scharfmacher zerstört zu werden drohen. Jetzt Flagge zeigen, nicht wenn es zu spät ist.

Udo Schnüttker, per E-Mail

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zeitschrift, müssen uns aber das Recht zur Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir nicht in der Lage, jede einzelne Zeitschrift zu beantworten.

Die Anschrift lautet: DIE WELT, Brieffach 2410 10888 Berlin, Fax: (030) 25 91 - 716 08 E-Mail: forum@welt.de

ESSAY Die SPD und ihre unfreiwillige Unterstützung der Linkspartei / Von Brigitte Seebacher

Lafontaine vereinnahmt Brandt: Erbarmung!

Folgt man Oskar Lafontaine, hätte Willy Brandt der neuen Linkspartei angehört. Für Brandt hatte sich der Sozialismus nach 1989 dabei längst erledigt – nicht aber für jeden in seiner Partei. Jetzt droht die SPD zwischen den Agenda-Befürwortern und der lafontaineschen Prostrhetorik zerrieben zu werden.

Ja, was würde Willy Brandt sagen zur Einvernahme durch Linke und Lafontaine? Was zur Wiedererweckung eines Totgesagten, des Sozialismus? Und was zu der ziemlich lauen Gegenwehr der SPD? Er sagt: Erbarmung! Sein Gespräch für Zeitenwechsel und damit einhergehenden neuen Möglichkeiten war sprichwörtlich. 1991 fühlte er sich immer noch jung genug, zu erkennen, dass nicht nur eine Zeit, sondern eine lange Epoche zu Ende gegangen war. Die traditionsreiche SPD in Nürnberg feierte ihren 125. Geburtstag – mit Willy Brandt, obwohl der gar kein Vorsitzender mehr war. Er redete „Zur Zukunft der freiheitlichen Sozialdemokratie“ und begründete, warum. Warum Zukunft und warum Freiheit? Am Tag nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl hatte er Lafontaine, dem grandios gescheiterten Kanzlerkandidaten, ein letztes Mal nahezubringen versucht, dass es zuerst um die Selbstbestimmung und erst dann um die nationale Einheit gegangen war. Selbstbestimmung – des Einzelnen und des Volkes – war ein

anderes Wort für Freiheit und damit der Sozialdemokratie wesensmäßig zugehörig. So hatte er es 1949, in seiner ersten programmatischen Rede, gesagt und so hatte er es 1987, beim Abschied vom Vorsitz der SPD, wieder ge-

„Die SPD pervertierte den Begriff des Sozialen“



sagt: „Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit.“ Sozialdemokraten wollten „kein reglementiertes Glück“, sondern die „Freisetzung der schöpferischen Fähigkeiten, die im Menschen angelegt sind.“

Auf das freiheitliche Wesen zu pochen erschien ihm angesichts des Zusammenbruchs im Osten wichtiger zu sein. Sozialismus würde, unabhängig, was jemand erhofft haben mochte, auf ewig verknüpft sein mit Unfreiheit und Misswirtschaft. A propos Lafontaine: Die ungewöhnliche Zurechtweisung hatte den „Stern“ zu der Frage veranlasst, ob der Großvater den Enkel enterbt habe. Die Antwort: Er habe sich nicht mit dem Kandidaten, sondern mit der SPD auseinandergesetzt. Mit Lafontaine

war er fertig. Mit der SPD und deren Zukunft nicht.

In jener Nürnberger Rede 1991 stellte Willy Brandt fest, dass wir zum ersten Mal in der Geschichte „von einer wirklichen Globalisierung“ sprechen können: Verkehr, Telekommunikation, Kapital. Wäre ihm weitere Zeit vergönnt gewesen, er hätte verstanden und nicht verdrängt, dass 500 Millionen Osteuropäer, eine Milliarde Inder und eine Milliarde Chinesen den globalen Markt betreten. Das Kapital wurde global und die Arbeit auch. Gesellschaften, in denen die Sozialdemokratie stark gewesen war, wandelten sich nachhaltig, nicht nur wegen der Demografie. Überkommene Bindungen, auch solche mit den Gewerkschaften, lösten sich auf. Rechts und links, konservativ und fortschrittlich, alles verwischte sich.

1989 hatte die SPD zum ersten Mal angezeigt, dass ihr der innere Kompass abhanden gekommen war. Nach 1989 verschloss sie die Augen vor den Erfordernissen der Gegenwart und vergaß darüber auch, was sie in der Vergangenheit geprägt hatte. Sie pervertierte den Begriff des Sozialen und des Sozialstaats und suchte ihr Heil in der Armut. Um die ordentlich bekämpfen zu können, musste es immer mehr Arme geben und musste der Staat immer weiter aufgeblasen werden.

Jeder sollte sich erst einmal selbst anstrengen, auch selbst lesen, schreiben, rechnen lernen,

jede Stelle annehmen müssen, bevor die Gemeinschaft tätig wird? Unzumutbar! Anerkennen, dass auch Leistung zählt und gerecht entlohnt werden darf, und Leistungsträger umwerben? Wo kämen wir denn da hin! Zur Kenntnis nehmen, dass sich das Großbritannien von New Labour einen Mindestlohn gönnt, weil es keinerlei Hartz IV und keinen Kündigungsschutz kennt? Aber alles zusammen? Tony Blair und Gordon Brown würden sich bekreuzigen. Unter den Füßen von Funktionären, die nur noch unzeitgemäße Floskeln kennen, schwankt der Boden.

Die SPD wurde, was sie nie war und was heute tödlich ist – eine Minderheiten- und Arme-Partei. Das wechselnde und unzulängliche Personal an deren Spitze sind der Ausdruck einer Krise, die mit dem Wahlsieg 1998 nur kurzfristig überdeckt wurde. Schröders Agenda? Sie war aus der Not geboren und keiner Überzeugung entsprungen. Ein Bündel zusammenhangloser Maßnahmen, deren höherer Sinn verborgen blieb. Als die Kosten explodierten und die selbst ernannten Betroffenen aufschrien, wurde die Mottenkiste aufgemacht und die alte Platte aufgelegt; je linker, desto lauter klingt sie. Den Wettbewerb um die beste Armutspflege und die höchste Staatsquote kann eine Partei nicht gewinnen, die vorgibt, auch regieren zu können.

Es mag sein, dass die Linkspartei unvermeidlich ist. Als ein Sammelbecken für Leute, die meinen, zu kurz gekommen zu sein, die vergangene Zeiten schöner finden oder einfach nur auffallen wollen. Warum nicht! Der Spaßfaktor Lafontaine entschädigt für manches. Erheitert das Sammelsurium reaktionärer Programmpunkte nicht eher, als dass es aufregt? Das Thema ist nicht die Linkspartei. Das Thema ist die SPD.

Sie führt einen Wettbewerb, wo keiner sein darf, und begibt sich gerade dadurch der Möglichkeiten, niemals noch Mitte und Mehrheit zu erobern. Und vielleicht käme auch mal wieder jemand auf die Idee, den sogenannten Armen Wahrheiten zu sagen? Wahrheiten, die vielleicht sogar honoriert werden! Solange die SPD ihren Daseinszweck nicht wieder und neu bestimmt, wird sie Willy Brandt der Linkspartei weiterhin zum Fraß vorwerfen. Der aber sitzt im Himmel und denkt: Nicht mal ignorieren! Wie aber was das mit der freiheitlichen Sozialdemokratie und deren Zukunft? Schon verspielt oder noch nicht ganz? Erbarmung!

Willy Brandt taugt nicht zum Kronzeugen für Oskar Lafontaine

Die Autorin ist Historikerin und Publizistin

forum@welt.de

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes

Seite 1: Marcus Heithecker Deutschland; Dietrich Menkens Anland; Dietrich Menkens Form; Andrea Seibel Magazin; Sandra Garbers Wirtschaft/Finanzen/Immobilien; Thomas Exner Sport; Stefan Frommann Feuilleton/Kunstmarkt; Rainer Haubrich Wissenschaft; Dr. Norbert Lossus Aus aller Welt; Anette von Nayhaß Berlin/Brandenburg/Berlin Termine/Berliner Leben; Stephan Steinlein Hamburg; Jörn Lauterbach Anzeigen; Michael Holenz